

BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 06/0167
422 - Kindertagesstätten			Datum: 02.05.2006
Bearb.	: Frau Hüttmann, Maren	Tel.: 115	öffentlich
Az.	:		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für junge Menschen

07.06.2006

Nichtstädtische Träger von Kindertagesstätten Prüfung der Investitionskostenanträge 2007

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für junge Menschen nimmt die durch die Verwaltung geprüften Anträge auf Investitionskostenzuschüsse der nichtstädtischen Träger von Kindertageseinrichtungen für das Jahr 2007 zur Kenntnis.

Der Ausschuss für junge Menschen gewährt den nichtstädtischen Trägern von Kindertageseinrichtungen unter Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Grundhaushalt 2007 entsprechend der Prüfungen durch die Verwaltung einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von maximal 90 % der veranschlagten Kosten.

Eine weitere Behandlung der einzelnen Anträge auf Investitionskostenzuschüsse im Jahr 2007 erfolgt nicht.

Im Grundhaushalt 2007 stehen auf der Haushaltsstelle 4641.98700 – Zuschüsse Kindergartenträger – Haushaltsmittel in Höhe von 47.000,00 € zur Verfügung.

Desweiteren wird dem Antrag der kath. Kirchengemeinde St. Annen auf vorzeitigen Baubeginn für die notwendige Erneuerung von Fenstern und Fliesenarbeiten im Neubau der Kindertagesstätte statt gegeben.

Die Zustimmung erfolgt ohne Begründung eines Rechtsanspruches und unter Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 90 % der Kosten, höchstens jedoch € 10.565,53.

Die Vorfinanzierung ist durch die kath. Kirchengemeinde St. Annen zu gewährleisten.

Sachverhalt

Im Rahmen der Haushaltsberatung 2000 bat der Ausschuss für junge Menschen in der Sitzung am 15.09.1999 die Verwaltung zu überlegen, wie das bisherige Verfahren bezüglich der Anträge auf Investitionskostenzuschüsse der nichtstädtischen Träger von Kindertageseinrichtungen gerade im Hinblick auf die Vorausschau der Planung zu verbessern wäre.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

Aufgrund dessen wurden die folgenden Anträge auf Investitionskostenzuschüsse für das Jahr 2007 von der Verwaltung auf die Notwendigkeit der Maßnahmen geprüft:

Träger	beantragte Maßnahme	Kosten	Nach Prüfung	Gesamtzu- schuss (90% d. Kosten)
KG Glashütte	Sitzkarussell	2.234,68	0,00	0,00
Verein zur För- derung der Wal- dorfpädagogik	Vordach für Spielgruppe und Eu- rythmie-Haus	3.770,00	3.770,00	3.393,00
AWO	Sanierungsarbeiten PVC-Bodenfliesen	2.860,00	0,00	0,00
Paul-Gerhardt- KG	Spülmaschine	827,10	827,10	744,39
Kath. Montesso- ri Kita St. Annen	Erneuerung von Fenstern	7.702,40	7.702,40	6.932,16
	Fliesenarbeiten	3.892,96	3.892,96	3.503,66
Kita für Integra- tion	Abschreibungen	13.744,70	13.744,70	12.370,23
Verein der Kin- der wegen e.V. „Lila Löwe“	Erneuerung Küchenfussboden	keine Kosten- voranschläge vorhanden	0,00	0,00

Die Gesamtzuschuss (90 % der jeweiligen Kosten) für die notwendigen Maßnahmen im Jahr 2007 beläuft sich nach Prüfung durch die Verwaltung somit auf 26.943,44 €.

Die entsprechenden Prüfungsvermerke für die o.g. Maßnahmen sind als Anlage beigefügt.

Im Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2007 sind Haushaltsmittel in Höhe von 47.000,00 € veranschlagt. Somit können alle eingegangenen und nach Prüfung durch das Fachamt für notwendig erachteten Anträge für das Haushaltsjahr 2007 berücksichtigt werden. Hinzu kommen für evt. kurzfristig entstehenden Investitionsbedarf in geringem Umfang aufzustockende Investitionskostenpauschalen, so dass seitens des Fachamtes die bereits eingeworbenen Haushaltsmittel in Höhe von 47.000,00 € für das Haushaltsjahr 2007 voraussichtlich auch benötigt werden.

Im Investitionsprogramm für die folgenden Jahre sollten weiterhin Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 47.000,00 € veranschlagt werden.

Verwaltungsseitig wird zum weiteren Verfahren vorgeschlagen, daß der Ausschuss für junge Menschen die Investitionskostenzuschüsse für das Jahr 2007 gemäß der Prüfungen der Verwaltung unter Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Grundhaushalt 2007 gewährt, so daß eine weitere Behandlung der einzelnen Anträge im Ausschuß für junge Menschen im nächsten Jahr nicht mehr erfolgen müßte.